

Glanz und Elend der deutschen Geschichte

1945

Band 3

Kriegsende ohne Frieden

Band 3/117: 21.07.1945 – 22.07.1945

21.07.1945

SBZ: Konferenz von Potsdam: Fünfte Plenarsitzung vom 21. Juli 1945 (x867/...):

>>**Truman:** Über die heutige Sitzung der Außenminister wird Herr Byrnes berichten.

Byrnes: Die Außenminister haben die Frage erörtert, wann die Einberufung des Rates der Außenminister erfolgt, und kamen überein, daß der Rat bis spätestens 1. September konstituiert werden soll. Sie vereinbarten auch, daß an die Regierung Chinas und an die Provisorische Regierung Frankreichs Telegramme zu senden sind mit der Einladung zur Teilnahme an der Arbeit des Rates, bevor die Bildung des Rates der Öffentlichkeit bekanntgegeben wird. Auf Bitte der britischen Delegation wurde die Redaktionskommission, die sich mit dieser Frage beschäftigt, beauftragt, einige geringfügige Abänderungen am Textentwurf vorzunehmen.

Die nächste Frage - wirtschaftliche Grundsätze bezüglich Deutschlands. Da der Bericht des Ausschusses über diese Frage eben erst vorgelegt wurde und unsere Delegationen nicht die Möglichkeit hatten, ihn gründlich zu studieren, kamen sie überein, die Erörterung dieser Frage bis auf morgen zu vertagen.

Die nächste war die polnische Frage - über die Liquidierung der Londoner Regierung und die Erfüllung der Erklärung von Jalta. Der Vorsitzende des Ausschusses, der sich mit dieser Frage befaßt, erstattete im Namen des Ausschusses Bericht. Angesichts dessen, daß der Ausschuß keine völlige Einigung erzielen konnte, wurden die Fragen, über die Meinungsverschiedenheiten bestanden, eingehend von den Außenministern erörtert. Die Minister einigten sich über einige dieser Punkte, aber die folgenden Punkte werden den Regierungschefs zur endgültigen Entscheidung übergeben.

Ich denke, daß Ihnen die zur Entscheidung vorgelegten Meinungsverschiedenheiten klarer werden, wenn Sie den Bericht des Ausschußvorsitzenden vor sich haben. Folgende Fragen werden Ihnen zur Entscheidung vorgelegt:

a) der Punkt, der sich auf die Übergabe der Guthaben an die polnische Regierung und auf die Anerkennung der Verpflichtungen gegenüber den Regierungen Großbritanniens und der USA seitens der polnischen Regierung bezieht;

b) der Punkt, der sich auf die Durchführung von Wahlen und auf die Pressefreiheit bezieht.

Über den ersten Punkt der Meinungsverschiedenheiten, die sich auf die Übergabe der Guthaben an die polnische Regierung und die Anerkennung der Verpflichtungen gegenüber der englischen und amerikanischen Regierung durch Polen bezogen, berichtete der Ausschußvorsitzende das Folgende:

Die britische Regierung und die Regierung der USA haben bereits Maßnahmen getroffen, um die Übereignung polnischen Eigentums an Dritte zu verhindern, jenes Eigentums, das sich auf dem Territorium der USA und Großbritanniens befindet und unter der Kontrolle ihrer Regierungen steht, unabhängig davon, welcher Art dieses Eigentum auch sein mag. Sie sind bereit, unverzüglich Maßnahmen zur Übergabe dieses Eigentums an die polnische nationale Regie-

rung nach den gesetzlichen Vorschriften zu treffen. Und zu diesem Zweck sind sie bereit, mit den entsprechenden Vertretern der Provisorischen Polnischen Regierung die Art und Weise und die Termine der Übergabe dieses Eigentums zu erörtern.

Die Formulierung dieses Vorschlages wurde Gegenstand von Meinungsverschiedenheiten. Die Position der USA-Regierung besteht darin, daß die Frage der Guthaben Gegenstand von Verhandlungen zwischen der Regierung des polnischen Staates und der USA-Regierung sein soll. Gleichzeitig soll zwischen ihnen auch die Frage der Verpflichtungen der polnischen Regierung erörtert werden. Die Regierung der USA ist überzeugt, daß die Provisorische Polnische Regierung nicht an unserer Bereitschaft zweifelt, sämtliches Eigentum in ihre Verfügung zu übergeben, das ihr nach den bei uns bestehenden Gesetzen gehört.

Deshalb schlagen wir vor, den Punkt, der diese Frage betrifft, folgendermaßen zu formulieren: "Die britische Regierung und die Regierung der USA haben Maßnahmen zum Schutz der Interessen der Provisorischen Polnischen Regierung als der anerkannten Regierung des polnischen Staates hinsichtlich des Eigentums getroffen, das dem polnischen Staat gehört, in ihren Gebieten liegt und unter ihrer Kontrolle steht, unabhängig davon, welcher Art dieses Eigentum auch sein mag.

Wir haben weiterhin Maßnahmen zur Verhinderung einer Übereignung derartigen Eigentums an Dritte getroffen. Der Provisorischen Polnischen Regierung werden alle Möglichkeiten zur Anwendung der üblichen gesetzlichen Maßnahmen geboten werden zur Herstellung eines beliebigen Eigentumsrechts des polnischen Staates, das ihm ungesetzlich entzogen worden sein sollte."

Werden wir diesen Punkt der Meinungsverschiedenheiten erörtern, oder kann der Bericht fortgesetzt werden?

Stalin: Hören wir zunächst den Bericht an und gehen dann zur Erörterung über.

Byrnes: Keine Meinungsverschiedenheiten gab es über den folgenden Punkt: "Die drei Mächte sind darum besorgt, der Provisorischen Polnischen Regierung in der Angelegenheit der Erleichterung der möglichst baldigen Rückkehr aller Polen im Ausland nach Polen behilflich zu sein, und zwar aller Polen im Ausland, die nach Polen zurückzukehren wünschen, einschließlich der Mitglieder der polnischen bewaffneten Streitkräfte und der polnischen Handelsmarine. Sie erwarten, daß den in die Heimat zurückkehrenden Polen die gleichen persönlichen und eigentumsmäßigen Rechte zugebilligt werden wie allen übrigen polnischen Bürgern."

Meinungsverschiedenheiten gibt es über den folgenden Punkt: "Die drei Mächte nehmen zur Kenntnis, daß die Provisorische Polnische Regierung in Übereinstimmung mit den Beschlüssen der Krim-Konferenz der Abhaltung freier und unbehinderter Wahlen, die so bald wie möglich auf der Grundlage des allgemeinen Wahlrechts und der geheimen Abstimmung durchgeführt werden sollen, zugestimmt hat, wobei alle demokratischen und antinazistischen Parteien das Recht zur Teilnahme und zur Aufstellung von Kandidaten haben.

Die drei Mächte geben der ernststen Hoffnung Ausdruck, daß die Wahl so durchgeführt wird, daß aller Welt klar wird: Alle demokratischen und antinazistischen Kreise der polnischen Öffentlichkeit hatten die Möglichkeit, frei ihre Ansichten zu äußern und damit unbeschränkt teilzunehmen an der Wiederherstellung des politischen Lebens im Lande.

Des weiteren erwarten die drei Mächte, daß Vertreter der alliierten Presse die volle Freiheit genießen werden, der Welt über die Entwicklung der Ereignisse in Polen vor und während der Wahlen zu berichten."

Die Meinungsverschiedenheiten bestehen darin, daß die sowjetische Delegation vorschlägt, die beiden letzten Sätze dieses Punktes zu streichen. Herr Eden hat sich damit einverstanden erklärt, unter der Bedingung, daß der Satz über den freien Zugang der Vertreter der alliierten Presse nach Polen bleibt.

Somit ist der erste Gegenstand von Meinungsverschiedenheiten der Punkt über die Übergabe

der Guthaben ohne Erwähnung der Verschuldung.

Truman: Mit Rücksicht auf unsere Gesetze ist es unmöglich, von den Guthaben zu sprechen und kein Wort über die Verschuldung zu sagen. Ich hatte mich auch gestern bereits dazu geäußert. Die Vereinigten Staaten haben nicht die Absicht, sich eine derartige Belastung aufzubürden. Wir können nicht die Verpflichtung übernehmen, der polnischen Regierung alle Guthaben zu übergeben, ohne die Verpflichtungen zu erörtern, die sie ihrerseits übernimmt.

Churchill: Wir sind einverstanden mit dem Vorschlag des Präsidenten, wonach der polnischen Regierung die Guthaben nur unter der Bedingung übergeben werden, daß gleichzeitig die Verpflichtungen erwähnt werden, die die polnische Regierung übernimmt.

Byrnes: Unsere Fassung, die in der Hoffnung auf einen Kompromiß vorgelegt wurde, spricht weder von Guthaben noch von Schulden. Wir sagen, daß die britische Regierung und die Regierung der USA bereits Maßnahmen getroffen haben zum Schutz der Interessen der polnischen Regierung hinsichtlich des Eigentums, das in ihren Gebieten liegt, welcher Art dieses Eigentum auch sein mag.

In dem Entwurf heißt es ebenfalls, daß beide Regierungen bereits Maßnahmen zur Verhinderung einer Übereignung derartigen Eigentums an Dritte getroffen haben. Weiterhin wird dort gesagt, daß der polnischen Regierung alle Möglichkeiten zur Anwendung der üblichen gesetzlichen Maßnahmen geboten werden zur Wiederherstellung eines beliebigen Eigentumsrechts, daß ungesetzlich entzogen worden sein sollte.

Churchill: Hier ist weder von Guthaben noch von Verpflichtungen die Rede.

Byrnes: Ich hatte bereits über die Momente gesprochen, die unser Entwurf enthält.

Churchill: Hier ist nichts gesagt über die Übertragung von Verpflichtungen gegenüber Großbritannien auf die Provisorische Polnische Regierung, und zwar die 120 Millionen Pfund Sterling, die wir der ehemaligen polnischen Regierung in London vorgeschossen haben. Mit anderen Worten, wir befinden uns in der gleichen Lage wie Sie.

Byrnes: Wenn die sowjetische Regierung ebenfalls über Eigentum verfügte, das der polnischen Regierung gehört, so könnte diese Frage auf diplomatischem Wege gelöst werden. Meines Erachtens besteht keine Notwendigkeit, öffentlich die Übergabe des der polnischen Regierung gehörenden Eigentums zu erwähnen, das der Regierung Polens nach der Anerkennung durch die Regierung der USA zu übergeben ist.

Churchill: Ich fasse es also so auf, daß wir jetzt den Gedanken von den Guthaben und den Verpflichtungen weglassen. Für uns ist diese Frage natürlich wichtiger als für die USA, auf Grund dessen, daß wir der ehemaligen polnischen Regierung in London große Vorschüsse gewährt haben.

Truman: Es gefällt mir nicht, wenn hier vorgeschlagen wird, eine öffentliche Erklärung über die Erfüllung dieser Verpflichtungen abzugeben.

Churchill: Ich bin mit ihnen einverstanden.

Stalin: Gedenkt die britische Regierung die Vorschüsse, die sie zur Erhaltung der polnischen Truppen gewährt hat, von Polen in vollem Umfang zurückzufordern?

Churchill: Nein. Das werden wir mit den Polen erörtern.

Stalin: Wir haben bestimmte Mittel für die Regierung Sikorski und auch für den Aufbau der Armee der provisorischen nationalen Regierung verwendet. Wir sind aber der Ansicht, daß das polnische Volk diese Schulden mit seinem Blute getilgt hat.

Ich halte den Kompromißvorschlag der amerikanischen Regierung für akzeptabel mit Ausnahme der Stelle, wo es heißt, daß der Provisorischen Polnischen Regierung alle Möglichkeiten zur Anwendung der üblichen gesetzlichen Maßnahmen geboten werden. Ich schlage vor, statt dessen zu sagen: Der Provisorischen Polnischen Regierung werden entsprechend den gesetzlichen Forderungen alle Möglichkeiten geboten. Mit dieser Abänderung könnte man den Kompromißvorschlag der amerikanischen Delegation annehmen.

Churchill: Und wo ist da ein Unterschied?

Stalin: Der Unterschied besteht darin, daß die Verzögerung entfällt, die es bei den "üblichen gesetzlichen Maßnahmen" gibt. Wenn man sagt, auf gesetzlicher Grundlage, wird es einfacher sein. Aber das ist letzten Endes eine Kleinigkeit, man kann den Vorschlag der amerikanischen Delegation auch in ihrer Formulierung akzeptieren.

Byrnes: Der nächste Punkt, über den es Meinungsverschiedenheiten gab, bezieht sich auf diese Formulierung: "Die drei Mächte nehmen zur Kenntnis, daß die Provisorische Polnische Regierung in Übereinstimmung mit den Beschlüssen der Krim-Konferenz zugestimmt hat ..." usw. Gegen diese Formulierung hatte Herr Eden Einwände.

Eden: Ich schlage eine Kompromißformel vor, gegen die seitens der sowjetischen Delegation Einwände erhoben wurden, und zwar: Von den Worten "die drei Mächte geben der ernstesten Hoffnung Ausdruck" bis zu den Worten "ihre Ansichten" diese ganze Stelle zu streichen, aber den letzten Satz über die Zulassung von Vertretern der alliierten Presse zu belassen.

Stalin: Es ist gut, daß Herr Eden den Interessen und der Würde Polens entgegengekommen ist. Das ist zu begrüßen. Und wenn er noch einen weiteren Schritt in dieser Richtung tut, so werden wir meines Erachtens alle dem Vorschlag zustimmen können. *(Heiterkeit)*

In den vorangehenden Zeilen heißt es, daß die polnische Regierung die Krim-Erklärung zu erfüllen hat. Warum soll man diesen Gedanken noch einmal wiederholen?

Ausländische Korrespondenten werden nach Polen kommen und nicht zur polnischen Regierung, sie werden volle Freiheit genießen, es wird von ihrer Seite keine Klagen über die polnische Regierung geben. Wozu ist es nötig, das noch ein weiteres Mal zu wiederholen? Die Polen werden sich dadurch gekränkt fühlen, sie werden darin einen Argwohn sehen, als wollten sie keine Korrespondenten zulassen. Lassen wir doch diesen Punkt enden mit den Worten "Alle demokratischen und antinazistischen Parteien werden das Recht zur Teilnahme und zur Aufstellung von Kandidaten haben", und das übrige streichen wir.

Churchill: Das ist kein Kompromiß. *(Heiterkeit)*

Stalin: Das ist ein Kompromiß hinsichtlich der polnischen Regierung. *(Heiterkeit)*

Churchill: Und ich hatte eher daran gedacht, diese Formulierung zu verstärken als sie abzuschwächen.

Stalin: Wozu soll man das tun?

Truman: Wir interessieren uns sehr für die Frage der Wahlen in Polen, weil es bei uns sechs Millionen Bürger polnischer Abstammung gibt. Wenn die Wahlen in Polen in voller Freiheit durchgeführt werden und unsere Korrespondenten völlig frei ihre Informationen über die Durchführung und die Ergebnisse der Wahlen mitteilen können, so wird dies für mich als Präsident sehr wichtig sein.

Ich meine, daß die polnische Regierung, wenn sie von vornherein weiß, daß die drei Mächte seitens der polnischen Regierung die Durchführung freier Wahlen und freien Zugang für die Vertreter der Presse der alliierten Länder erwarten, die in den Beschlüssen der Krim-Konferenz enthaltenen Verpflichtungen äußerst sorgfältig erfüllen wird.

Stalin: Ich gedenke - sehen Sie, Herr Eden, ich bin zu einem Kompromiß bereit - folgenden Vorschlag einzubringen: nach den Worten "Aufstellung von Kandidaten" ein Komma zu setzen und weiter zu sagen, "und die Vertreter der alliierten Presse werden volle Freiheit genießen, der Welt über den Verlauf und die Ergebnisse der Wahlen zu berichten".

Truman: Das sagt mir zu.

Churchill: Eine Rolle spielen hier die Worte "nehmen zur Kenntnis" zu Beginn des Absatzes. Ich bin ebenfalls einverstanden.

Byrnes: Die nächste Frage - über die Erfüllung des Abkommens von Jalta über das befreite Europa und die Vasallenländer. Die Delegation der USA hat zwei Dokumente zu dieser Frage vorgelegt, aber auf der Sitzung der Außenminister wurde beschlossen, die Erörterung zu ver-

tagen, um die Dokumente studieren zu können. Die Außenminister kamen überein, diese Dokumente der Redaktionskommission zu übergeben. Es entstanden jedoch Meinungsverschiedenheiten darüber, ob sich die Kommission mit jedem Dokument einzeln befassen oder beide als ein Dokument werten soll.

Die sowjetische Delegation sprach sich für ein einheitliches Dokument aus, die amerikanische Delegation hingegen für zwei selbständige Dokumente. Sie einigten sich, angesichts dessen, daß die Frage der Politik gegenüber Italien und den anderen Vasallen von den Regierungschefs an die Außenminister überwiesen wurde, die Regierungschefs zu bitten, auf der heutigen Sitzung die Frage zu entscheiden, welche Weisung der Redaktionskommission zu geben ist: ein einheitliches Dokument über alle diese Länder vorzubereiten oder zwei Dokumente, ausgehend von den amerikanischen Entwürfen.

Truman: Auf der ersten Sitzung hat die amerikanische Delegation zwei Dokumente vorgelegt: das erste über die Politik gegenüber Italien (diese Frage wurde gestern und vorgestern lange erörtert) und das zweite Dokument über die Außenpolitik gegenüber Rumänien, Bulgarien, Ungarn und Finnland. Wir denken, daß man diese beiden Fragen gesondert behandeln muß, da Italien das erste Land war, das kapitulierte und dann am Krieg gegen Deutschland teilgenommen hat.

Außerdem bestehen zwischen der Regierung der USA und Italien diplomatische Beziehungen; die Regierung der USA unterhält keine solchen Beziehungen mit den Regierungen der genannten Länder. Doch das bedeutet nicht, daß wir der Meinung sind, die Frage Italien müßte früher als die Frage dieser Länder gelöst werden. Ich wiederhole, wir sind der Ansicht, daß es notwendig ist, diese beiden Fragen gesondert zu behandeln.

Stalin: Ich habe eine Abänderung zu den Vorschlägen der Amerikaner zur Frage der Politik gegenüber Rumänien, Bulgarien, Ungarn und Finnland. Im Prinzip habe ich keine Einwände gegen diese Vorschläge, aber zum zweiten Punkt möchte ich eine Ergänzung einbringen. Im zweiten Punkt heißt es: "Die drei Regierungen erklären" das und das und das, und danach schlage ich vor, die Worte hinzuzusetzen: "Und im gegenwärtigen Augenblick erklären sie, daß sie die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen mit ihnen für möglich halten."

Truman: Ich kann mich damit nicht einverstanden erklären.

Stalin: Dann wird man die Erörterung beider Entwürfe - sowohl über Italien als auch über diese Länder - vertagen müssen.

Truman: Wir sind nicht bereit, mit den Regierungen dieser Länder diplomatische Beziehungen aufzunehmen. Außerdem befanden wir uns niemals im Kriegszustand mit Finnland. Doch, wie ich bereits gesagt habe, wenn die Regierungen dieser Länder auf der Grundlage freier Wahlen umgebildet wurden, sind wir bereit, mit ihnen diplomatische Beziehungen herzustellen.

Stalin: Ich kann ohne die von mir vorgeschlagene Ergänzung nicht zustimmen.

Churchill: Die Zeit geht dahin; wir sitzen hier bereits eine Woche, und wir stellen eine große Zahl von Fragen zurück.

Die Position der britischen Regierung ist in dieser Frage die gleiche wie die der USA.

Byrnes: Die folgende Frage - über die Tagesordnung der heutigen Sitzung der Regierungschefs. Wir sind übereingekommen, daß die Außenminister den Regierungschefs empfehlen werden, die beiden erwähnten Fragen auf die Tagesordnung der heutigen Sitzung zu setzen, die den Außenministern von den Regierungschefs vorher übergeben worden waren und zu denen die Außenminister weitere Weisungen erhalten möchten, sowie drei Fragen, die auf der Tagesordnung der gestrigen Sitzung der Regierungschefs unerledigt blieben. Es wird also die folgende Tagesordnung für die heutige Sitzung vorgeschlagen:

1. Die polnische Frage - die Liquidierung der Londoner Regierung und die Erfüllung des Abkommens von Jalta.

2. Die Frage, ob die Redaktionskommission bei der Ausarbeitung der Frage über die Politik gegenüber Italien und den anderen Vasallen eine gesonderte Empfehlung für Italien oder eine einheitliche Empfehlung für alle Länder, von denen hier die Rede ist, vorbereiten soll.
3. Die polnische Westgrenze. Die sowjetische Delegation hat gestern ein Dokument zu dieser Frage vorgelegt.
4. Treuhandschaft. Die sowjetische Delegation hat gestern auch zu dieser Frage ein Dokument vorgelegt.
5. Türkei. Man nimmt an, daß die britische Delegation den Wunsch hat, zu dieser Frage mündlich eine Stellungnahme vorzutragen.

Truman: Gestatten Sie mir, eine Erklärung zur Westgrenze Polens abzugeben. In dem Abkommen von Jalta wurde festgelegt, daß das Territorium Deutschlands von den Truppen der vier Mächte - Großbritannien, UdSSR, USA und Frankreich - besetzt wird, von denen jede ihre Besatzungszone erhält. Die Frage der Grenzen Polens wurde auf der Konferenz berührt, aber in dem Beschluß hieß es, daß diese Frage endgültig auf der Friedenskonferenz entschieden werden soll. Auf einer unserer ersten Sitzungen haben wir beschlossen, bei der Erörterung der künftigen Grenzen Deutschlands von den Grenzen Deutschlands im Dezember 1937 auszugehen.

Wir haben unsere Besatzungszonen und die Grenzen dieser Zonen festgelegt. Wir haben unsere Truppen in diese Zonen zurückgezogen, so wie es festgelegt war. Aber jetzt hat offensichtlich eine weitere Regierung eine Besatzungszone erhalten, und das geschah, ohne uns zu konsultieren. Wenn man der Meinung war, daß Polen zu den Mächten gehören soll, denen eine eigene Besatzungszone zugewiesen wird, hätte man sich darüber früher verständigen müssen. Es ist für uns schwierig, einer solchen Lösung der Frage zuzustimmen, da es zu dieser Frage keinerlei Konsultationen mit uns gegeben hat.

Ich bin Polen freundschaftlich gesonnen und werde den Vorschlägen der sowjetischen Regierung über die Westgrenze möglicherweise uneingeschränkt zustimmen, aber ich möchte das nicht jetzt tun, da es dafür einen anderen Ort geben wird, und zwar die Friedenskonferenz.

Stalin: In den Beschlüssen der Krim-Konferenz hieß es, nach der Ansicht der drei Regierungschefs soll die Ostgrenze Polens entlang der Curzonlinie verlaufen, womit also die Ostgrenze Polens auf der Konferenz festgelegt wurde. Was die Westgrenze betrifft, so hieß es in den Beschlüssen der Konferenz, daß Polen einen beträchtlichen Gebietszuwachs im Norden und Westen erhalten muß.

Es hieß dort weiter: Sie, das heißt die drei Regierungen, sind der Ansicht, daß die Meinung der neuen polnischen Regierung der Nationalen Einheit über den Umfang dieses Gebietszuwachses zu gegebener Zeit einzuholen ist und daß die endgültige Festlegung der Westgrenze Polens bis zur Friedenskonferenz zurückzustellen ist.

Truman: Ich habe das auch so verstanden. Aber wir waren und sind nicht berechtigt, Polen eine Besatzungszone zuzuweisen.

Stalin: Die polnische Regierung der Nationalen Einheit hat bereits ihre Ansicht über die Westgrenze geäußert. Ihre Ansicht ist uns in allem bekannt.

Truman: Über diese Westgrenze hat es bislang keine offizielle Erklärung gegeben.

Stalin: Ich spreche von der Ansicht der polnischen Regierung. Sie ist uns allen bekannt. Wir können uns jetzt über die Westgrenze Polens einigen, und auf der Friedenskonferenz soll die Westgrenze endgültig sanktioniert werden.

Truman: Herr Byrnes hat die Erklärung der polnischen Regierung erst heute empfangen. Wir konnten uns damit noch nicht entsprechend vertraut machen.

Stalin: Unser Vorschlag läuft darauf hinaus, daß wir unsere Meinung zum Wunsch der polnischen Regierung, eine solche Westgrenze zu haben, äußern. Ob wir unsere Meinung heute oder morgen äußern, das ist völlig belanglos.

Was die Frage betrifft, daß wir den Polen eine Besatzungszone eingeräumt haben ohne Einverständnis der verbündeten Regierungen, so ist diese Frage nicht exakt gestellt. Die amerikanische Regierung und die britische Regierung haben uns in ihren Noten wiederholt vorgeschlagen, keine polnische Verwaltung in den Westgebieten zuzulassen, solange die Frage der Westgrenze Polens nicht endgültig entschieden ist.

Das konnten wir nicht tun, da die deutsche Bevölkerung hinter den zurückweichenden deutschen Truppen nach dem Westen abzog. Die polnische Bevölkerung dagegen ging vorwärts, nach dem Westen, und unsere Armee brauchte in ihrem Hinterland, in dem Gebiet, das die Armee besetzte, eine örtliche Verwaltung. Unsere Armee kann nicht gleichzeitig eine Verwaltung im Hinterland aufbauen, kämpfen und das Territorium vom Feind säubern. Das ist sie nicht gewohnt. Deshalb haben wir die Polen hereingelassen.

In diesem Sinne antworteten wir damals unseren amerikanischen und englischen Freunden. Wir waren dazu um so mehr bereit, als wir wußten, daß Polen einen Gebietszuwachs westlich von seiner früheren Grenze erhält. Ich weiß nicht, was es unserer gemeinsamen Sache schaden kann, wenn die Polen ihre Verwaltung in dem Gebiet einrichten, das ohnehin bei Polen verbleiben soll. Ich bin am Ende.

Truman: Ich habe keine Einwände gegen die hier geäußerte Meinung über die künftige Grenze Polens. Aber wir haben uns geeinigt, daß sich alle Teile Deutschlands unter der Leitung der vier Mächte befinden sollen. Und es wird sehr schwer sein, zu einer gerechten Lösung der Reparationsfrage zu kommen, wenn wichtige Teile Deutschlands von einer Macht besetzt sind, die nicht zu den vier Mächten zählt.

Stalin: Haben Sie etwa Angst wegen der Reparationen? Wir können auf die Reparationen aus diesen Gebieten verzichten, bitte sehr.

Truman: Wir haben nicht die Absicht, sie zu bekommen.

Stalin: Was diese Westgebiete betrifft, so gibt es darüber keinen Beschluß, die Frage bleibt offen. Es wurde nur versprochen, die Grenzen Polens nach dem Westen und Norden auszu dehnen.

Churchill: Ich hätte viel über den Verlauf der Westgrenze Polens zu sagen, aber, soweit ich verstanden habe, ist dazu jetzt noch nicht die Zeit.

Truman: Die Festlegung der künftigen Grenzen ist Sache der Friedenskonferenz.

Stalin: Es ist sehr schwer, die deutsche Verwaltung im westlichen Streifen wiederherzustellen - alle sind geflohen.

Truman: Sollte die sowjetische Regierung Hilfe bei der Wiederherstellung der deutschen Verwaltung in diesen Gebieten wünschen, so könnte diese Frage erörtert werden.

Stalin: Unsere Konzeption, die Konzeption der Russen bei der Einnahme von gegnerischem Territorium im Kriege, besteht in folgendem: Die Armee kämpft, sie geht vorwärts und sorgt sich nur darum, die Schlacht zu gewinnen. Doch damit die Armee vorrücken kann, braucht sie ein ruhiges Hinterland. Sie kann nicht mit dem Feind gleichzeitig an der Front und im Hinterland kämpfen. Die Armee kämpft gut, wenn das Hinterland ruhig ist, wenn das Hinterland mit ihr sympathisiert und sie unterstützt.

Stellen Sie sich die Situation vor, daß die deutsche Bevölkerung entweder ihren zurückweichenden Truppen fluchtartig folgt oder unseren Truppen in den Rücken schießt. Und die polnische Bevölkerung folgt unseren Truppen auf dem Fuße. Bei einer solchen Lage ist es ganz natürlich, daß die Armee bestrebt ist, im Hinterland eine Verwaltung zu haben, die mit ihr sympathisiert und sie unterstützt. Das ist alles.

Truman: Das verstehe ich und teile Ihre Gefühle.

Stalin: Es gibt keinen anderen Ausweg. Das bedeutet natürlich nicht, daß ich selbst die Grenzen festlege. Wenn Sie die von der polnischen Regierung vorgeschlagene Linie nicht billigen, so bleibt die Frage offen. Das ist alles.

Churchill: Aber kann man die Frage ohne Entscheidung lassen?

Stalin: Irgendwann wird man sie entscheiden müssen.

Churchill: Es steht noch die Frage der Lieferungen. Die Frage der Lebensmittellieferungen ist eine sehr wichtige Frage, weil dies die wichtigsten Gebiete für die Lebensmittelversorgung der deutschen Bevölkerung sind.

Stalin: Aber wer wird dort arbeiten, Getreide produzieren? Außer den Polen ist niemand da zum Arbeiten.

Truman: Wir können eine Einigung erzielen. Ich denke, daß der Kern der Frage, die vor uns steht und uns bewegt, darin liegt, welche Verwaltung es in diesen Gebieten geben wird. Uns interessiert auch die Frage, ob diese Gebiete während der Besatzungszeit ein Teil Deutschlands oder Polens sein werden.

Das Problem besteht in folgendem: Wir haben eine Besatzungszone, die Franzosen haben eine Besatzungszone, eine Besatzungszone hat auch England und die Sowjetunion. Ich möchte wissen, ob die Gebiete, von denen jetzt die Rede ist, zur sowjetischen Besatzungszone gehören. Ich denke, daß wir zu gegebener Zeit ein Abkommen über die künftigen Grenzen Polens erzielen können, aber jetzt interessiert mich die Frage dieser Gebiete für die Zeit der Besetzung.

Stalin: Auf dem Papier sind es zur Zeit noch deutsche Gebiete. In Wirklichkeit, de facto, sind es polnische Gebiete.

Truman: Was ist mit der örtlichen Bevölkerung geschehen? Sie zählt dort allem Anschein nach an die drei Millionen.

Stalin: Die Bevölkerung ist weggegangen.

Churchill: Wenn das so ist, so werden sie sich folglich in den Gebieten ernähren, in die sie gegangen sind, wenn diese Gebiete, die von Deutschen verlassen wurden, Deutschland nicht übergeben und Deutschland nicht zur Verfügung stehen werden. Ich sehe das so, daß nach dem Plan der polnischen Regierung, der, soweit ich verstanden habe, von der sowjetischen Regierung unterstützt wird, ein Viertel der Nutzfläche Deutschlands von 1937 von diesem losgerissen wird.

Was die Bevölkerung betrifft, so stellt sich heraus, daß drei oder vier Millionen Polen aus dem Osten in die Westgebiete umgesiedelt werden. Die Vorkriegsbevölkerung Deutschlands betrug in diesen Gebieten nach russischen Angaben achtundeinviertel Millionen, das heißt, daß außer den ernstesten Schwierigkeiten, die mit der Umsiedlung einer so großen Zahl von Menschen verbunden sind, eine unvergleichlich große Last den anderen Teilen Deutschlands aufgebürdet und das Lebensmittelproblem dennoch nicht gelöst wird.

Truman: Wenn Frankreich Lust bekommt, das Saargebiet und das Ruhrgebiet zu erhalten, und wenn wir Frankreich das Saargebiet und das Ruhrgebiet geben, was bleibt dann noch von Deutschland?

Stalin: Darüber gibt es keinen Beschluß. Aber bezüglich der Westgrenze Polens gibt es einen Beschluß - den Beschluß, daß Polen einen Gebietszuwachs im Norden und im Westen erhalten soll.

Churchill: Noch eine Bemerkung zur Erklärung von Generalissimus Stalin, daß alle Deutschen diese Gebiete verlassen hätten. Es gibt andere Meldungen, die besagen, daß dort immerhin 2 bis 2,5 Millionen Deutsche geblieben sind. Natürlich müßte man diese Zahl prüfen.

Stalin: Natürlich, man muß überprüfen. Wir haben die Frage der Grenze erörtert und sind jetzt bei der Frage der Lebensmittelversorgung Deutschlands angelangt. Wenn Sie diese Frage erörtern möchten, bitte, ich habe keine Einwände.

Churchill: Es ist richtig, daß die Grenze zur Verhandlung stand und wir jetzt zur Frage der Lebensmittelversorgung Deutschlands übergegangen sind. Aber ich habe dies nur erwähnt, weil die Grenzfrage uns große Schwierigkeiten bei der Lösung einiger anderer Fragen bereiten

wird.

Stalin: Ich stimme zu, daß es gewisse Schwierigkeiten mit der Versorgung Deutschlands gibt, aber die Hauptschuldigen an diesen Schwierigkeiten sind die Deutschen selbst. Der Krieg hat dazu geführt, daß von den acht Millionen Deutschen fast niemand dort verblieben ist. Nehmen Sie Stettin; es hatte 500.000 Einwohner, und als wir in Stettin einzogen, waren nur 8.000 übriggeblieben.

In Ostpreußen haben sich die Deutschen so verhalten: Der größte Teil ist nach dem Westen abgezogen, in das Hinterland der eigenen Truppen, ein anderer Teil ist in das Gebiet Königsberg zu den Russen gegangen. Als wir die Zone erreichten, die als Gebietszuwachs für Polen bestimmt ist, war kein Deutscher mehr da, nur die Polen sind geblieben. So lagen die Dinge.

In der Zone zwischen Oder und Weichsel haben die Deutschen ihre Felder verlassen, die Felder werden von den Polen bestellt und abgeerntet. Die Polen werden kaum bereit sein, den Deutschen abzugeben, was sie bestellt haben. Das ist die Situation, wie sie sich in diesen Gebieten entwickelt hat.

Truman: Ich möchte noch einmal wiederholen: Meines Erachtens sind jenen Mächten Besatzungszonen einzuräumen, über die ein Beschluß vorliegt. Ich wende mich nicht dagegen, daß die Frage der Grenzen Polens behandelt wird, aber ich meine, daß wir diese Frage hier nicht entscheiden können.

Churchill: Wir haben zugestimmt, daß Polen auf Kosten Deutschlands für das Gebiet, das es östlich der Curzonlinie verloren hat, entschädigt wird. Jetzt verlangt Polen von uns weit mehr, als es im Osten abgibt. Ich bin nicht der Ansicht, daß dies zum Wohle Europas geschieht, von den Alliierten ganz zu schweigen.

Wenn drei oder vier Millionen Polen östlich der Curzonlinie umgesiedelt werden, so könnten zwei oder drei Millionen Deutsche im Westen umgesiedelt werden, um für die Polen Platz zu schaffen. Aber die Umsiedlung von acht Millionen Menschen, das ist eine Sache, die ich nicht unterstützen kann. Die Entschädigung soll dem Verlust entsprechen. Anders wäre es auch für Polen selbst nicht gut. Wenn die Deutschen, wie Generalissimus Stalin gesagt hat, die Gebiete östlich und westlich der Oder verlassen haben, so sollte man auf sie einwirken, wieder dorthin zurückzukehren.

Jedenfalls sind die Polen nicht berechtigt, eine katastrophale Lage in der Lebensmittelversorgung der deutschen Bevölkerung zu schaffen. Ich möchte diesen Gesichtspunkt noch einmal unterstreichen. Ich möchte, daß der Generalissimus unseren Schwierigkeiten ebensoviel Verständnis entgegenbringt wie, so hoffe ich, wir den seinen.

Wir wünschen nicht, daß eine zahlenmäßig gewaltige deutsche Bevölkerung ohne jede Nahrungsmittelquellen uns überlassen bleibt. Nehmen wir beispielsweise die gewaltige Bevölkerung im Ruhrgebiet, im Kohlenrevier. Diese Bevölkerung befindet sich in der englischen Besatzungszone. Wenn für sie nicht hinreichend Lebensmittel bereitgestellt werden, so entsteht in unserer eigenen Zone eine Lage wie in den deutschen Konzentrationslagern.

Stalin: Dennoch, Deutschland ist ohne Getreideimporte nicht ausgekommen und wird nicht auskommen.

Churchill: Ja, natürlich, es wird aber nicht die Möglichkeit haben, sich zu ernähren, wenn man ihm die Ostgebiete wegnimmt.

Stalin: Sollen sie von den Polen Getreide kaufen.

Churchill: Wir sind nicht der Ansicht, daß dieses Gebiet polnisches Gebiet ist.

Stalin: Dort leben Polen. Sie haben die Felder bestellt. Wir können nicht von den Polen fordern, daß sie die Felder bestellen und das Getreide an die Deutschen abgeben.

Churchill: Außerdem muß ich darauf hinweisen, daß die Bedingungen in den von den Polen besetzten Gebieten überhaupt sehr merkwürdig sind. Man teilt mir beispielsweise mit, daß die Polen schlesische Kohle an Schweden verkaufen. Sie tun dies zur gleichen Zeit, wo wir in

England unter spürbarem Kohlenmangel leiden und überdies der kälteste und härteste Winter ohne Brennstoff bevorsteht. Wir gehen von dem allgemeinen Prinzip aus, daß die Lebensmittel- und Brennstoffversorgung Deutschlands in den Grenzen von 1937 nach der Bevölkerungszahl erfolgen soll, unabhängig davon, in welcher Zone sich die Lebensmittel und die Kohle befinden.

Stalin: Aber wer wird diese Kohle fördern? Die Deutschen fördern nicht, die Polen fördern, sie arbeiten.

Churchill: Aber sie arbeiten in Schlesien.

Stalin: Aber dort sind alle Herren geflohen.

Churchill: Sie sind weggegangen, weil die Kampfhandlungen sie aufgeschreckt haben, aber da der Krieg beendet ist, könnten sie zurückkehren.

Stalin: Sie wollen nicht, und die Polen sehen das nicht gern.

Churchill: Ich war gestern tief berührt von dem Wort des Generalissimus, als er davon sprach, daß es nicht am Platze wäre, sich bei der Behandlung der Probleme der Gegenwart und der Zukunft von Gefühlen der Rache leiten zu lassen. Ich meine deshalb, daß meine heutigen Gedanken bei ihm Verständnis finden müßten, da es ungerecht wäre, eine so gewaltige Zahl Deutscher zu uns zu schicken, während die Polen allen Vorteil für sich hätten.

Stalin: Ich spreche von den Unternehmern, die aus dem Kohlenrevier geflohen sind. Wir selbst kaufen jetzt Kohle bei den Polen, weil es bei uns in einigen Gebieten, beispielsweise im Baltikum, an Kohle mangelt.

Truman: Offensichtlich ist es eine vollendete Tatsache, daß man Polen einen beträchtlichen Teil Deutschlands zur Besetzung übergeben hat. Was bleibt dann noch zur Reparationsentnahme? Selbst bei uns in den USA fehlt es an Kohle. Doch dessen ungeachtet liefern wir in diesem Jahr 6,5 Millionen Tonnen Kohle nach Europa.

Ich meine, daß dieser Teil Deutschlands und namentlich das Kohlenrevier sowohl im Hinblick auf die Reparationen als auch im Hinblick auf die Lebensmittelversorgung als bei Deutschland verblieben zu betrachten ist. Ich meine, daß die Polen nicht das Recht haben, sich diesen Teil Deutschlands zu nehmen. Wir erörtern jetzt die Frage der künftigen Grenzen Polens. Aber ich meine, daß wir diese Frage nicht hier entscheiden können, sie muß auf der Friedenskonferenz entschieden werden.

Stalin: Wer wird dort Kohle fördern? Uns, den Russen, fehlen in den eigenen Betrieben Arbeitskräfte. Bei den Deutschen sind alle Arbeiter zur Armee gegangen - die Goebbelspropaganda hat ihr Ziel erreicht. Es bleibt die Möglichkeit, entweder die gesamte Produktion einzustellen oder die Angelegenheit den Polen zu übergeben. Einen anderen Ausweg gibt es nicht. Was die Kohle betrifft, so muß ich sagen, daß die Polen in den alten Grenzen ein eigenes, sehr reiches Kohlenrevier besaßen. Diesem Kohlenrevier wurde das Kohlenrevier Schlesien angeschlossen, das den Deutschen gehört hat. Dort arbeiten Polen. Wir können nicht die von den Polen geförderte Kohle nehmen.

Churchill: In den Gruben in Schlesien arbeiten, wenn ich recht verstehe, polnische Arbeiter. Es ist nichts dagegen einzuwenden, daß diese Gruben im Auftrag der Sowjetregierung in der sowjetischen Besatzungszone arbeiten, nicht aber der polnischen Regierung in einer Zone, die Polen nicht zur Besetzung übergeben wurde.

Stalin: Das würde insgesamt die Beziehungen zwischen zwei befreundeten Staaten stören. Darüber hinaus bitte ich Herrn Churchill zu bedenken, daß den Deutschen selbst Arbeitskräfte fehlen. Die meisten Betriebe, auf die wir während des Vormarsches stießen, wurden von ausländischen Arbeitern bedient, von Italienern, Bulgaren, Franzosen, Russen, Ukrainern und anderen. Das waren alles Arbeiter, die von den Deutschen zwangsweise aus ihrer Heimat weggetrieben wurden.

Als die russischen Truppen in diese Gebiete kamen, werteten das die ausländischen Arbeiter

als Befreiung und fuhren nach Hause. Wo sind die deutschen Arbeiter? Sie wurden zum größten Teil zur deutschen Armee eingezogen und während des Krieges entweder getötet oder gefangengenommen.

Es entstand eine Situation, wo die große deutsche Industrie mit einer geringen Zahl deutscher Arbeiter und zahlreichen ausländischen Arbeitern funktionierte. Als diese ausländischen Arbeiter befreit wurden, gingen sie weg, und die Betriebe standen ohne Arbeiter da. Jetzt ist die Lage so, daß man diese Betriebe entweder schließen oder der einheimischen Bevölkerung, das heißt den Polen, die Möglichkeit geben muß, dort zu arbeiten. Man kann die Polen jetzt nicht vertreiben. Die Lage hat sich spontan so entwickelt. Dafür kann man niemandem die Schuld geben.

Attlee: Ich möchte einige Worte zur gegenwärtigen Situation vom Standpunkt der Besatzungsmächte in Deutschland sagen. Wenn wir von der Frage der endgültigen Grenze zwischen Polen und Deutschland absehen, so sehen wir vor uns ein Land, in dem Chaos herrscht und das früher eine wirtschaftliche Einheit darstellte.

Wir haben ein Land vor uns, das in der Lebensmittel- und zum Teil in der Kohlenversorgung von seinen Ostgebieten abhängig war, die teilweise von Polen bewohnt wurden. Meines Erachtens müssen die Hilfsquellen ganz Deutschlands von 1937 zum Unterhalt und zur Versorgung der gesamten deutschen Bevölkerung genutzt werden, und wenn ein Teil Deutschlands vorher abgetrennt wird, so schafft das große Schwierigkeiten für die Besatzungsmächte in der westlichen und südlichen Zone.

Wenn Arbeitskräfte für die Ostgebiete benötigt werden, so müssen sie unter der Bevölkerung im übrigen Deutschland gefunden werden, unter dem Teil der deutschen Bevölkerung, der demobilisiert oder aus der Arbeit in der Rüstungsindustrie freigesetzt ist. Und diese Arbeitskräfte müssen dort eingesetzt werden, wo sie den größten Nutzen bringen können, damit die Alliierten in den kommenden Monaten nicht in eine schwierige Lage geraten.

Stalin: Vielleicht nimmt Herr Attlee zur Kenntnis, daß Polen ebenfalls unter den Kriegsfolgen zu leiden hat und ebenfalls ein Verbündeter ist.

Attlee: Ja, aber es bekommt Vorteile.

Stalin: Gegenüber Deutschland. So soll es auch sein.

Attlee: Nein, gegenüber den anderen Alliierten.

Stalin: Das ist bei weitem nicht so.

Truman: Ich möchte offen sagen, was ich zu dieser Frage denke. Ich kann nicht zustimmen, daß Deutschland in den Grenzen von 1937 der östliche Teil weggenommen wird, und zwar im Hinblick auf die Lösung der Frage der Reparationen sowie der Lebensmittel- und Kohlenversorgung der gesamten deutschen Bevölkerung.

Churchill: Wir haben diese Frage noch nicht abgeschlossen. Daneben haben wir natürlich auch angenehmere Fragen. (*Heiterkeit*)

Truman: Ich schlage vor, die Sitzung jetzt zu schließen; vielleicht denken wir über diese Frage nach. Damit bin ich einverstanden.

Stalin: Das kann man, ich bin damit auch einverstanden.

Truman: Morgen ist die Sitzung um fünf Uhr.<<

CSR: Handelsminister Ripka erklärt am 21. Juli 1945 während einer Pressekonferenz (x111/52): >>... Ich möchte feststellen, daß wir viel zu nachsichtig gewesen sind und daß die Fälle, in denen wir vielleicht etwas zu streng umgingen, Ausnahmereischeinungen waren. Bisher haben nur wenige Deutsche unsere Heimat verlassen.

Ich bin mir durchaus bewußt, daß eine Umsiedlung eine brutale Maßnahme ist, doch kann nur auf diese Weise unser Problem gelöst werden. Jedenfalls ist es eine Unmöglichkeit, Tschechen und Deutsche in einem Staat gemeinsam leben zu lassen. Maximal werden wir 800.000 Mitglieder einer Minderheit bei uns lassen.<<

22.07.1945

SBZ: Konferenz von Potsdam: Sechste Plenarsitzung vom 22. Juli 1945 (x867/...):

>>(Truman eröffnet die Sitzung.)

Stalin: Ich möchte mitteilen, daß die sowjetischen Truppen heute mit dem Abzug ihrer Truppen in Österreich begonnen haben, wo sie sich in einigen Gebieten bis zu 100 km zurückziehen müssen. Der Abzug wird am 24. Juli abgeschlossen sein. In Wien sind die Vorausabteilungen der alliierten Truppen bereits eingezogen.

Churchill: Wir sind dem Generalissimus sehr dankbar, daß er die Erfüllung des Abkommens so schnell in Angriff genommen hat.

Truman: Auch die amerikanische Regierung spricht ihren Dank aus.

Stalin: Wozu der Dank, wir sind dazu verpflichtet.

(Die englische Delegation berichtet ferner, daß die Außenminister auf ihrer Vormittagssitzung folgende Fragen erörtert haben:

Erste Frage - die Erklärung von Jalta über das befreite Europa.

Die Minister haben sich mit dem Memorandum befaßt, das die USA-Delegation am 21. Juli vorgelegt hat. Dieses Memorandum betraf drei Fragen: erstens die Beobachtung der Wahlen in einigen europäischen Ländern; zweitens die Schaffung günstiger Bedingungen für die Vertreter der Weltpresse in den befreiten Ländern und ehemaligen Vasallenländern; drittens das Verfahren in der Arbeit der Kontrollkommissionen in Rumänien, Bulgarien und Ungarn.

Die britische Delegation hat sich mit dem Memorandum der USA einverstanden erklärt. Die sowjetische Delegation hat sich mit dem Vorschlag über die Beobachtung der Wahldurchführung nicht einverstanden erklärt.

Was die zweite und dritte Frage betrifft, hinsichtlich der Pressevertreter und des Arbeitsverfahrens für die Kontrollkommissionen in Bulgarien, Rumänien und Ungarn, so wurde beschlossen, diese Vorschläge einem Ausschuß zur Erörterung zu überweisen, dem angehören: für die USA - Cannon und Russell, für die UdSSR - Sobolew, für Großbritannien - Hayter.

Die sowjetische Delegation hat beschlossen, ein Memorandum vorzulegen, das die in letzter Zeit eingetretenen Verbesserungen im Status der britischen und amerikanischen Vertreter in den Kontrollkommissionen in Rumänien, Bulgarien und Ungarn darlegt. Die sowjetische Delegation hat sich auch bereit erklärt, ein Memorandum über die Veränderungen vorzubereiten, die sie im Zusammenhang mit dem Arbeitsverfahren der Alliierten Kommission in Italien für erforderlich und notwendig hält.

Zweite Frage - wirtschaftliche Grundsätze bezüglich Deutschlands.

Es wurde ein Bericht des Wirtschaftsausschusses vorgelegt. Die Delegation der USA hat gebeten, die Erörterung der Reparationsfrage bis zur nächsten Sitzung zu vertagen. Die sowjetische Delegation hat vorgeschlagen, jene wirtschaftlichen Grundsätze zu behandeln, die im Ausschuß gebilligt wurden. Die Außenminister beschlossen daher, nur die gebilligten Grundsätze zu beraten und weder strittige Grundsätze noch die Reparationsfrage zu berühren. Es wurde beschlossen, daß die Reparationsfrage als erster Punkt auf die Tagesordnung der Sitzung der Außenminister am 23. Juli gesetzt wird.

Die Punkte 11, 12, 14, 15 und 17 wurden angenommen unter der Bedingung, daß über die übrigen, noch strittigen Punkte eine Einigung erzielt wird.

Was die übrigen Punkte betrifft, so kam man zu Punkt 10 überein, den letzten Satz so zu ändern, daß er folgendermaßen lautet:

"Die Produktionskapazität, entbehrlich für die Industrie, welche erlaubt sein wird, ist entsprechend dem Reparationsplan, empfohlen durch die interalliierte Reparationskommission und bestätigt durch die beteiligten Regierungen, entweder zu entfernen oder, falls sie nicht entfernt werden kann, zu vernichten."

Die Punkte 13, 16 und 18 wurden auf eine spätere Erörterung vertagt.

Die Minister beschlossen, der heutigen Sitzung der Regierungschefs folgende Tagesordnung vorzuschlagen:

- 1. Westgrenze Polens - Wiederaufnahme der Diskussion.*
- 2. Treuhandschaft - die Frage wurde auf der gestrigen Sitzung der Regierungschefs vertagt.*
- 3. Türkei - die Frage wurde ebenfalls auf der gestrigen Sitzung vertagt.*
- 4. Teilweise Veränderung der Westgrenze der UdSSR - Vorschläge der sowjetischen Delegation.*
- 5. Iran - das Memorandum wurde von der Delegation des Vereinigten Königreiches am 21. Juli vorgelegt.*

Es wurde beschlossen, einige weitere Punkte auf die morgige Sitzung der Außenminister zu vertragen. Es sind dies folgende Fragen:

- 1. Zusammenarbeit bei der Lösung dringender europäischer Wirtschaftsprobleme - Vorschläge der USA-Delegation.*
- 2. Direktive der Regierungschefs hinsichtlich der Kontrolle über Deutschland gemäß den von ihnen vereinbarten Grundsätzen - Vorschlag der USA-Delegation.*
- 3. Tanger - Vorschlag der sowjetischen Delegation.*
- 4. Syrien und Libanon-Vorschläge der sowjetischen Delegation.)*

Truman: Sind Sie damit einverstanden, daß diese Punkte den Außenministern zur Beratung auf ihrer morgigen Sitzung übergeben werden?

Churchill: Ich weiß nicht, was es mit den Vorschlägen zu Syrien und Libanon auf sich hat. Diese Frage berührt uns mehr als jeden anderen Staat. Meine Kollegen berührt diese Frage nicht, denn dort sind lediglich britische Truppen beteiligt. Natürlich hatten wir Schwierigkeiten mit Frankreich wegen dieser Frage. Wir sind bereit, uns aus Syrien und Libanon zurückzuziehen, wir haben dort nichts verloren. Aber gegenwärtig geht das nicht, denn sobald die Engländer abziehen, wird man anfangen, die Franzosen umzubringen. Ich möchte wissen, woran speziell gedacht ist, bevor ich eine Entscheidung treffen kann. Vielleicht kann das hier geschehen?

Stalin: Bitte. Es geht um folgendes. Die Regierung Syriens hat sich an die Sowjetunion gewandt, wir sollten uns in diese Angelegenheit einschalten. Bekanntlich haben wir uns in einer Note zu dieser Frage an die französische, britische und amerikanische Regierung gewandt. Wir wünschten eine entsprechende Information dazu, weil auch wir daran interessiert sind. Natürlich kann man die Frage vorher auf der Sitzung der Außenminister behandeln.

Churchill: Ich bin dafür, daß die ersten drei Punkte den Außenministern zur Behandlung überwiesen werden, daß aber die Frage Syrien und Libanon hier erörtert wird.

Stalin: Bitte.

Truman: Ich schlage vor, die ersten drei Fragen den Außenministern zu übergeben und die Frage Syrien und Libanon hier durch die Regierungschefs zu behandeln, nachdem die auf der Tagesordnung stehenden Fragen erledigt sind.

Gehen wir zum ersten Punkt der Tagesordnung über - Westgrenze Polens. Der Standpunkt der amerikanischen Regierung zu dieser Frage wurde gestern dargelegt.

Churchill: Ich habe gehört, Herr Präsident, daß Sie sagten, Sie hätten Ihren Standpunkt bereits gestern dargelegt. Ich habe zu den bereits geäußerten Auffassungen ebenfalls nichts hinzuzufügen.

Truman: (zu Stalin) Haben Sie etwas hinzuzufügen?

Stalin: Haben Sie sich mit der Erklärung der polnischen Regierung bekannt gemacht?

Ja, ich habe sie gelesen.

Churchill: Dieses Schreiben von Bierut?

Stalin: Ja, das Schreiben von Bierut und Osóbka-Morawski.

Churchill: Ja, ich habe es durchgelesen.

Stalin: Beharren die Delegationen weiterhin auf ihrer vorherigen Meinung?

Truman: Das ist offensichtlich.

Stalin: Die Frage bleibt offen.

Truman: Können wir zur nächsten Frage übergehen?

Churchill: Was heißt das - bleibt offen? Das bedeutet, daß nichts dazu unternommen wird?

Truman: Wenn die Frage offen bleibt, können wir sie noch einmal erörtern.

Churchill: Es bleibt zu hoffen, daß diese Frage bis zu unserer Abreise ausreift.

Stalin: Vielleicht.

Churchill: Es wäre sehr schade, wenn wir auseinandergingen, ohne diese Frage entschieden zu haben, die unbedingt in den Parlamenten der ganzen Welt erörtert werden wird.

Stalin: Dann lassen Sie uns die Bitte der polnischen Regierung erfüllen.

Churchill: Dieser Vorschlag ist für die britische Regierung völlig unannehmbar. Ich habe gestern eine ganze Reihe von Gründen genannt, warum dieser Vorschlag unannehmbar ist. Es wird Polen nicht gut bekommen, ein so großes Territorium zu besitzen. Es wird zur Untergrabung der wirtschaftlichen Lage Deutschlands führen und den Besatzungsmächten im Hinblick auf die Versorgung des westlichen Teils Deutschlands mit Lebensmitteln und Brennstoffen eine außerordentliche Last aufbürden.

Wir haben überdies einige moralische Bedenken, ob eine Umsiedlung dieser Größenordnung erwünscht ist. Wir stimmen einer Umsiedlung im Prinzip zu, aber in der gleichen Größenordnung, in der Bevölkerung östlich der Curzonlinie umgesiedelt wird. Wenn es allerdings um die Umsiedlung von acht oder neun Millionen Menschen geht, so halten wir das für falsch.

Die Meldungen zu dieser Frage sind sehr widersprechend. Nach unseren Angaben gibt es dort acht oder neun Millionen Menschen; nach sowjetischen Angaben sind diese Menschen alle von dort weggegangen. Uns scheint, solange diese Meldungen nicht überprüft sind, können wir von unseren Zahlen ausgehen; solange wir nicht die Möglichkeit haben zu überprüfen, was dort wirklich vorgeht. Ich könnte noch weitere Ursachen anführen, doch ich will die Konferenz nicht belasten.

Stalin: Ich möchte gegen die Gründe, die Herr Churchill angeführt hat, keine Einwände vorbringen, aber eine Reihe von Gründen halte ich doch für besonders wichtig.

Über Brennstoffe. Man sagt, Deutschland behält keine Brennstoffe. Aber es bleibt doch das Rheinland, dort gibt es Brennstoffe. Es wird Deutschland keine nennenswerten Schwierigkeiten bereiten, wenn es die schlesische Kohle verliert; die wichtigsten Brennstoffvorkommen Deutschlands liegen im Westen.

Die zweite Frage - die Umsiedlung der Bevölkerung. Es gibt in diesen Gebieten keine acht, keine sechs, keine drei und keine zwei Millionen Bevölkerung. Die Leute dort sind entweder zur Armee eingezogen worden und sind dann gefallen oder gefangengenommen worden, oder sie haben diese Gebiete verlassen. Es sind nur wenige Deutsche in diesem Gebiet geblieben. Aber das kann man überprüfen. Könnte man es nicht so einrichten, daß wir die Meinung der polnischen Vertreter über die Grenze Polens anhören?

Churchill: Ich kann diesen Vorschlag zur Zeit nicht unterstützen angesichts der Meinung, die der Präsident hier zur Einladung der Vertreter Jugoslawiens geäußert hat.

Stalin: Man soll die Vertreter Polens zum Rat der Außenminister in London einladen und sie dort anhören.

Truman: Ich habe keine Einwände dagegen.

Churchill: Aber Herr Präsident, der Rat der Außenminister wird doch erst im September zusammentreten.

Stalin: Und dann wird der Rat die Vertreter der polnischen Regierung nach London einladen.

Churchill: Um die Information zu überprüfen?

Stalin: Bis dahin werden alle drei Seiten Informationen eingeholt haben.

Churchill: Das bedeutet doch aber nur die Überweisung einer schwierigen Frage von dieser Konferenz an den Rat der Außenminister, dabei kann doch diese Konferenz die Frage entscheiden.

Stalin: Ich meine auch, daß sie es kann. Ausgehend von dem Beschluß der Krim-Konferenz, sind wir verpflichtet, die Meinung der polnischen Regierung zur Frage der Westgrenze Polens anzuhören.

Truman: Das ist richtig. Ich denke, daß man den sowjetischen Vorschlag, der Rat der Außenminister solle Vertreter der polnischen Regierung nach London einladen, annehmen soll. Das schließt aber natürlich keinesfalls die Möglichkeit aus, diese Frage auf der gegenwärtigen Konferenz zu erörtern.

Stalin: Ich schlage vor, die Vertreter der polnischen Regierung zum Rat der Außenminister im September nach London einzuladen und dort ihre Meinung anzuhören.

Churchill: Das ist eine andere Frage. Ich dachte, es geht um die Überprüfung der Angaben über die Zahl der Deutschen in diesen Gebieten.

Stalin: Es geht um die Westgrenze Polens.

Churchill: Aber wie kann man dort die Grenzfrage entscheiden, wo doch diese Frage auf der Friedenskonferenz entschieden werden soll?

Truman: Ich halte es für nützlich, die Polen im Rat der Außenminister in London anzuhören.

Stalin: Richtig.

Churchill: Ich bedaure, daß die Entscheidung einer so wichtigen und dringenden Frage einem Organ überlassen wird, das weniger Autorität besitzt als unsere Konferenz.

Stalin: Dann laßt uns die Polen hierher einladen, und wir hören sie hier an.

Churchill: Ich würde dies vorziehen, da die Frage drängt. Es ist aber nicht schwer vorauszu- sehen, was die Polen fordern werden. Sie werden natürlich mehr fordern als das, wozu wir zustimmen können.

Stalin: Wenn wir aber die Polen einladen, können sie uns nicht vorwerfen, daß wir die Frage entschieden haben, ohne sie anzuhören. Ich möchte, daß seitens der Polen kein solcher Vorwurf gegen uns erhoben werden kann.

Churchill: Ich erhebe keine Vorwürfe gegen sie.

Stalin: Nicht Sie, sondern die Polen werden sagen: Man hat die Grenzfrage entschieden, ohne uns zu hören.

Churchill: Ich habe jetzt verstanden.

Truman: Muß man die Frage so schnell entscheiden? Ich wiederhole, meines Erachtens muß die endgültige Entscheidung dieser Frage der Friedenskonferenz überlassen werden, wir selbst können diese Frage nicht entscheiden. Aber ich denke, daß die Erörterung dieser Frage hier sehr nützlich war, und sie schließt auch eine weitere Erörterung nicht aus. Ich bin mir nur nicht im klaren darüber, wie dringlich diese Frage ist.

Stalin: Wenn sie nicht dringlich ist, dann überweisen wir diese Frage an den Rat der Außenminister. Das kann nicht schaden.

Truman: Das schließt aber nicht die Möglichkeit aus, diese Frage auch hier noch weiter zu erörtern.

Churchill: Herr Präsident, bei allem Respekt möchte ich bemerken, daß diese Frage von bestimmter Dringlichkeit ist. Wird die Entscheidung in dieser Frage aufgeschoben, so wird die bestehende Lage fixiert. Die Polen werden mit der Nutzung dieser Gebiete beginnen, sie werden sich dort festsetzen, und wenn der Prozeß fort dauert, so wird es sehr schwer werden, dann irgendeinen anderen Beschluß zu fassen. Deshalb hoffe ich nach wie vor, daß wir hier zu irgendeinem Abkommen gelangen, damit wir wissen, in welchem Zustand sich die polnische Frage befindet.

Ich kann mir nicht vorstellen, wie diese Frage vom Rat der Außenminister in London gelöst

werden kann, wenn wir hier nicht in der Lage waren, ein Abkommen zu erzielen. Wenn wir diese Frage nicht entscheiden, bleibt das Lebensmittel- und Brennstoffproblem offen, die Lebensmittel- und Brennstoffversorgung der deutschen Bevölkerung wird uns, vor allem den Engländern, aufgebürdet, da deren Besatzungszone das geringste Lebensmittelaufkommen besitzt. Wenn der Rat der Außenminister nach Anhören der Polen zu keinem Abkommen gelangen kann, so wird die Frage für unbestimmte Zeit aufgeschoben. Indessen wird der Winter hereinbrechen, und es wird immer noch kein Abkommen geben.

Ich möchte sehr gern entgegenkommen und einen Ausweg aus den praktischen Schwierigkeiten finden, von denen gestern Generalissimus Stalin sprach, aus den Schwierigkeiten, die sich im Ablauf der Ereignisse ergaben. Wir wären bereit, Ihnen einen Kompromißvorschlag zur Prüfung vorzulegen, der für die Zwischenzeit, vom gegenwärtigen Zeitpunkt bis zur Friedenskonferenz, gültig wäre. Ich schlage vor, eine provisorische Linie zu ziehen, wobei das Gebiet östlich dieser Linie von den Polen als Teil Polens bis zur endgültigen Regelung der Frage auf der Friedenskonferenz besetzt würde; westlich von dieser Linie könnten die Polen, sofern sie sich dort befinden, als Vertreter der Sowjetregierung in der Sowjetunion zugeteilten Zone fungieren.

Ich hatte nach der Konferenz von Teheran mehrere Gespräche mit dem Generalissimus, und es scheint mir, daß wir in allgemeinen Zügen zugestimmt haben, daß das neue Polen seine Grenzen nach dem Westen bis zur Oder verschieben soll. Aber diese Frage ist nicht so einfach. Die Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Generalissimus und mir bestehen darin: Die britische Regierung räumt zwar ein, daß Polen sein Territorium vergrößern soll, ist aber nicht bereit, so weit zu gehen wie die sowjetische Regierung. Wenn ich von der Linie an der Oder spreche, so meine ich die Linie, von der wir vor zwei Jahren in Teheran sprachen, wobei von einer genauen Grenzfestlegung nicht die Rede war.

Jetzt sind wir bereit, der Konferenz den provisorischen Grenzverlauf Polens zur Prüfung zu unterbreiten. Wenn man die Frage bis September vertagt und den Rat der Außenminister veranlaßt, sie mit den Polen zu erörtern, so bedeutet das, daß die Frage nicht vor dem Winter entschieden wird. Ich würde es bedauern, wenn wir hier nicht im Prinzip zu einem Abkommen über diese Frage kämen. Ich meine, wenn diese Frage vertagt und dem Rat der Außenminister zur Erörterung unter Teilnahme der Polen überwiesen wird, so wird uns eine solche Lösung nichts nützen.

Unsere Position hinsichtlich dieser Gebiete und dieser Linie ist völlig klar. Ich möchte hier einen praktischen Ausweg aus der Situation finden. Doch wenn diese Frage dem Rat der Außenminister übergeben wird, so wird die Entscheidung darüber allzu sehr hinausgezogen. Ich sehe die Frage nicht als hoffnungslos an, im Sinne ihrer Entscheidung hier. Ich bin überzeugt, daß wir eine Kompromißlösung finden könnten. Wir könnten den Polen alles geben, was wir entscheiden, ihnen zu geben, und den übrigen Teil des Gebietes unter Verwaltung der sowjetischen Regierung belassen.

Meines Erachtens ist es sinnlos, diese Frage bis September ohne Entscheidung zu lassen. Wenn wir diese Frage nicht entscheiden, so wird das einen Mißerfolg unserer Konferenz bedeuten.

Ich wiederhole noch einmal: Wenn wir den Ausdruck "Oderlinie" gebraucht haben, hatten wir nur annähernd diese Linie im Auge. Die von uns vorgeschlagene Linie sollte man sich auf der Karte ansehen. An einer Stelle überschreitet unsere Linie sogar die Oder.

Ich wende mich an die Konferenz mit der Bitte, ihre Versuche zum Erreichen einer Vereinbarung in dieser Frage fortzusetzen, wenn nicht heute, dann an einem anderen Tage, denn wenn sich die Außenminister im September treffen und, sagen wir, zwei Wochen mit den Polen diskutieren werden, wobei die Sowjetunion eine Ansicht vertreten wird, die USA und Großbritannien hingegen eine andere, kann sich die Frage erneut als unlösbar erweisen, oder wir er-

reichen die Lösung zu spät. Wie wird dann die Lage Berlins sein? Berlin erhält einen Teil seiner Kohle aus Schlesien.

Stalin: Berlin bekommt Kohle nicht aus Schlesien, sondern aus Torgau (Sachsen), so wie früher.

Churchill: Die Frage der Kohle für Berlin ist sehr wichtig, da diese Stadt von uns besetzt ist.

Stalin: Sollen sie welche aus dem Ruhrgebiet holen und aus Zwickau.

Churchill: Das ist die sogenannte Braunkohle?

Stalin: Nein, das ist gute Steinkohle. Die Braunkohle läßt sich gut zu Briketts verarbeiten, und die Deutschen haben gute Brikettfabriken. Sie haben allerhand Möglichkeiten.

Churchill: Ich sage nur, daß sie einen Teil der Kohle für Berlin aus Schlesien bekommen haben.

Stalin: Bevor die britischen Truppen das Gebiet von Zwickau besetzt hatten, holten die Deutschen die Kohle für Berlin von da. Nach dem Abzug der alliierten Truppen aus Sachsen nach dem Westen bekam Berlin Kohle aus Torgau.

Truman: Wenn Sie gestatten, möchte ich noch einmal die Haltung der USA zu dieser Frage darlegen.

Stalin: Bitte.

Truman: Ich möchte hier Stellen aus dem Beschluß der Krim-Konferenz zitieren.

"Nach Ansicht der Chefs der drei Regierungen soll die Ostgrenze Polens entlang der Curzon-Linie verlaufen, wobei sie in einigen Gebieten 5 bis 8 km zugunsten Polens davon abweichen soll. Die drei Regierungschefs erkennen an, daß Polen einen beträchtlichen Gebietszuwachs im Norden und im Westen erhalten muß. Sie sind der Ansicht, daß die Meinung der neuen polnischen Regierung der Nationalen Einheit über den Umfang dieses Gebietszuwachses zu gegebener Zeit einzuholen ist und daß die endgültige Festlegung der Westgrenze Polens bis zur Friedenskonferenz zurückzustellen ist."

Dieses Abkommen wurde von Präsident Roosevelt, Generalissimus Stalin und Premierminister Churchill erzielt. Ich bin mit dieser Entscheidung einverstanden. Ich verstehe sehr gut die Schwierigkeiten, von denen Generalissimus Stalin gestern sprach. Ich verstehe auch gut die Schwierigkeiten hinsichtlich der Lebensmittel- und Brennstoffversorgung, über die gestern Premierminister Churchill gesprochen hat. Aber ich meine, daß diese Schwierigkeiten nichts am Wesen der Sache ändern.

Stalin: Wenn Sie es nicht überdrüssig sind, diese Frage zu erörtern, bin ich bereit, noch einmal das Wort zu ergreifen. Ich gehe ebenfalls von diesem Beschluß der Krim-Konferenz aus, den der Präsident gerade zitiert hat. Aus dem genauen Sinn dieses Beschlusses geht hervor, daß wir, nachdem sich die Regierung der Nationalen Einheit in Polen gebildet hat, die Meinung der neuen polnischen Regierung zur Frage der Westgrenze Polens zur Kenntnis nehmen mußten.

Die polnische Regierung hat ihre Meinung mitgeteilt. Jetzt haben wir zwei Möglichkeiten: entweder die Meinung der polnischen Regierung über die Westgrenze Polens zu bestätigen, oder wir müssen, wenn wir mit den polnischen Vorschlägen nicht einverstanden sind, die polnischen Vertreter anhören und erst danach die Frage entscheiden.

Ich halte es für zweckmäßig, die Frage auf unserer Konferenz zu entscheiden und, da keine Übereinstimmung mit der Meinung der polnischen Regierung besteht, ihre Vertreter hierher einzuladen und sie anzuhören. Aber es wurde hier die Meinung geäußert, es wäre unnötig, die Polen zu dieser Konferenz einzuladen. Wenn dem so ist, dann kann man die Frage dem Rat der Außenminister übergeben.

Ich möchte Herrn Churchill und den anderen, die bei der Krim-Konferenz zugegen waren, die Ansicht in Erinnerung rufen, die damals Präsident Roosevelt und Premierminister Churchill vertraten und der ich zustimmte. Herr Churchill sprach vom Verlauf der Westgrenze Polens

entlang der Oder, von der Mündung immer entlang der Oder bis zur Mündung der Neiße in die Oder, und zwar östlich der Neiße. Ich trat für eine Linie westlich der Neiße ein. Nach dem Schema von Präsident Roosevelt und Herrn Churchill blieben Stettin und auch Breslau und das Gebiet westlich der Neiße bei Deutschland.

(Zeigt auf der Karte den Grenzverlauf.)

Hier wird die Frage der Grenzen behandelt und kein provisorischer Grenzverlauf. Diese Frage läßt sich nicht umgehen. Wenn Sie mit den Polen einverstanden wären, könnte man einen Beschluß fassen, ohne Vertreter der polnischen Regierung hierher einzuladen. Aber da Sie die Meinung der polnischen Regierung nicht teilen und Abänderungen wünschen, wäre es gut, wenn wir die Polen hierher einladen und ihre Meinung anhören. Das ist eine prinzipielle Frage.

Churchill: Ich möchte im Namen der britischen Regierung meine Einwände gegen die Einladung der Polen nach hier zurückziehen, damit wir versuchen, die Annahme irgendeines praktischen Beschlusses zu erreichen, der bis zur endgültigen Regelung der Frage auf der Friedenskonferenz gültig wäre.

Truman: Ich habe keine Einwände dagegen, daß die Vertreter der polnischen Regierung hierher eingeladen werden. Sie können hier mit unseren Außenministern sprechen.

Stalin: Richtig.

Churchill: Und dann könnten die Ergebnisse der mit ihnen geführten Verhandlungen den Regierungschefs vorgelegt werden.

Stalin: Richtig, richtig.

Churchill: Wer schickt ihnen die Einladung zu?

Stalin: Meines Erachtens der Vorsitzende.

Truman: Gut. Gehen wir zur nächsten Frage über. Ich denke, daß die sowjetische Delegation einen Vorschlag zur Treuhandschaft hat.

(Die sowjetische Delegation legt ihre Vorschläge zur Frage der Treuhandschaft dar und erklärt, daß das, was in ihren schriftlich vorgelegten Vorschlägen formuliert ist, sich aus den Beschlüssen der Konferenz von San Francisco ergibt. Sie legt weiter dar, daß, nachdem die Hauptfrage betreffs der Treuhandschaft durch die Charta der Organisation der Vereinten Nationen entschieden ist, vor der Konferenz der Regierungschefs konkret die Frage der Territorien steht.)

Die sowjetische Delegation äußert die Meinung, daß die Konferenz kaum in der Lage ist, diese Frage im Detail zu behandeln, sie könnte aber erstens die Frage der Kolonialbesitzungen Italiens in Afrika und an der Mittelmeerküste und zweitens die Frage der Territorien, die Mandatsgebiete des Völkerbundes sind, erörtern. Die sowjetische Delegation erläutert weiter, daß in ihren Vorschlägen zwei Varianten einer möglichen Lösung der Frage der ehemaligen italienischen Kolonien dargelegt sind. Sie schlägt vor, diese Frage an die Beratung der Außenminister zur Behandlung zu überweisen.)

Churchill: Natürlich ist der Meinungsaustausch über jede beliebige Frage möglich. Doch wenn es sich erweist, daß die Meinungen der Seiten auseinandergehen, bleibt als einziges Ergebnis die Tatsache, daß wir eine angenehme Erörterung hatten. Mit scheint, daß die Frage der Mandate in San Francisco entschieden wurde.

Truman: Gestatten Sie mir, den Artikel aus der Charta der Organisation der Vereinten Nationen vorzulesen, der die Frage der Treuhandschaft behandelt.

"1. Das Treuhandschaftssystem findet auf folgende Kategorien von Gebieten Anwendung, die durch Treuhandschaftsabkommen in dieses System einbezogen werden:

- a) Gebiete, die gegenwärtig unter Mandat stehen;
- b) Gebiete, die infolge des zweiten Weltkrieges von Feindstaaten abgetrennt werden;
- c) Gebiete, die von den für ihre Verwaltung verantwortlichen Staaten freiwillig dem System

unterstellt werden.

2. Es wird Gegenstand einer späteren Übereinkunft sein, welche Gebiete der genannten Kategorien in das Treuhandschaftssystem einbezogen werden und unter welchen Bedingungen das geschieht."

Ich denke, daß die sowjetischen Vorschläge sich auf den zweiten Punkt dieses Artikels beziehen. Ich bin einverstanden mit dem Vorschlag der sowjetischen Delegation, diese Frage den Außenministern zur Behandlung zu überweisen.

Churchill: Wir haben dem zugestimmt, was in San Francisco angenommen wurde, aber mehr nicht. Da die Frage der Treuhandschaft in den Händen einer internationalen Organisation liegt, bin ich im Zweifel, ob ein Meinungs austausch zu dieser Frage hier wünschenswert ist.

Truman: Ich denke, daß es hier durchaus angebracht sein wird, diese Frage ebenso zu behandeln wie auch die Frage über Polen oder jede andere Frage.

Churchill: Die Frage über Polen wurde nicht von einer internationalen Organisation behandelt.

Wir haben unseren Standpunkt zur Frage der Treuhandschaft in Jalta vertraulich und in San Francisco offen dargelegt. Unsere Haltung ist klar und unabänderlich.

Truman: Die Position Großbritanniens wird voll und ganz durch den Artikel 2 der Charta der Organisation der Vereinten Nationen gesichert, und ich sehe keinen Grund, warum diese Frage hier nicht behandelt werden könnte.

Stalin: Aus der Presse ist beispielsweise bekannt, daß Herr Eden im englischen Parlament erklärt hat, Italien habe seine Kolonien ein für allemal verloren. Wer hat das entschieden? Wenn Italien sie verloren hat, wer hat sie gefunden? (*Heiterkeit*)

Das ist eine sehr interessante Frage.

Churchill: Ich kann darauf antworten. Durch ständige Anstrengungen, unter großen Verlusten und durch glänzende Siege hat die britische Armee allein diese Kolonien erobert.

Stalin: Und die Rote Armee hat Berlin eingenommen. (*Heiterkeit*)

Churchill: Ich möchte meine Erklärung zu Ende führen, da der Herr Präsident die Worte in Zweifel zieht, "die britische Armee hat allein erobert". Ich meine folgende italienische Kolonien: Italienisch-Somalia, Eritrea, Cyrenaika und Tripolis, die wir allein, unter sehr schwierigen Bedingungen erobert haben.

Truman: Wir brauchen sie nicht. Wir haben selbst genug arme Italiener, die ernährt werden müssen.

Churchill: Wir haben die Frage geprüft, ob einige dieser Kolonien sich nicht zur Ansiedlung der Juden eignen. Aber wir sind der Meinung, daß es für die Juden nicht günstig wäre, sich dort anzusiedeln.

Natürlich haben wir starke Interessen im Mittelmeer, und jede Veränderung des Status quo in diesem Gebiet würde unsererseits eine lange und sorgfältige Prüfung erfordern.

Es ist uns nicht ganz klar, was unsere russischen Verbündeten wollen.

Stalin: Wir möchten wissen, ob Sie der Ansicht sind, daß Italien seine Kolonien für immer verloren hat. Wenn Sie der Ansicht sind, daß es diese Kolonien verloren hat, welchen Staaten werden wir dann die Treuhandschaft übertragen? Wir möchten das wissen. Sollte es verfrüht sein, darüber zu sprechen, so können wir warten, aber irgendwann wird man sich dazu äußern müssen.

Churchill: Natürlich müssen wir die Frage entscheiden, ob man Italien dessen Kolonien abnimmt, wozu wir durchaus berechtigt sind.

Stalin: Diese Frage muß noch entschieden werden.

Churchill: Und wenn sie weggenommen werden, wozu wir durchaus berechtigt sind, so ist die Frage zu entscheiden, wem die Treuhandschaft übertragen wird. Die Frage, welche Kolonien Italien wegzunehmen sind, unterliegt der Entscheidung auf der Friedenskonferenz, und

die Frage der weiteren Verwaltung dieser Gebiete unterliegt der Zuständigkeit einer internationalen Organisation.

Stalin: Kann man Herrn Churchill so verstehen, daß diese Konferenz hier nicht bevollmächtigt ist, diese Frage zu prüfen?

Churchill: Unsere Konferenz kann diese Frage nicht entscheiden, sie muß von der Friedenskonferenz entschieden werden. Wenn aber unsere "Troika" zu einer Einigung kommt, so wird das natürlich eine große Bedeutung haben.

Stalin: Mein Vorschlag geht nicht dahin, diese Frage zu entscheiden, sondern sie zu prüfen. Ich meine, daß unsere Konferenz natürlich kompetent ist, diese Frage zu prüfen.

Churchill: Wir prüfen diese Frage jetzt. Ich habe keine Einwände, wenn der Generalissimus sagt, was er will, und ich bin einverstanden, unverzüglich diese Frage zu prüfen.

Stalin: Es geht hier nicht um den Generalissimus, sondern darum, daß die Frage nicht behandelt ist und daß sie behandelt werden muß.

Churchill: Welche Frage denn eigentlich?

Stalin: Die Frage, die von der sowjetischen Delegation eingebracht wurde.

Truman: Ich bin einverstanden mit dem Vorschlag der sowjetischen Delegation, diese Frage den Außenministern zur Behandlung zu überweisen.

Stalin: Das ist eine andere Sache.

Truman: Wir haben keine Einwände gegen diesen Vorschlag.

Churchill: Ich habe auch keine Einwände, mit Ausnahme dessen, daß wir alle Fragen unseren Ministern überweisen.

Truman: Das ist ganz natürlich.

Churchill: Mir scheint, daß es viele dringlichere Fragen gibt, die man entscheiden sollte, solange wir uns hier befinden. Wir haben entschieden, daß die Frage des Friedensvertrages mit Italien durch den Rat der Außenminister im September vorrangig behandelt wird, und dann steht automatisch die Frage, was mit diesen italienischen Kolonien zu geschehen hat. Ich bin dagegen, unsere Außenminister auch noch mit dieser Frage zu belasten. Aber es wird möglich sein, diese Frage auf die Tagesordnung zu setzen, wenn die Minister Zeit finden, sich mit dieser Frage zu befassen.

Stalin: Überweisen wir an die Minister.

Truman: Ich unterstütze diesen Vorschlag.

Churchill: Überweisen wir diese Frage an die Außenminister, aber unter der Bedingung, daß sie ihre Arbeit an vordringlicheren Fragen nicht verzögern.

Stalin: Nicht doch, ohne diese Vorbehalte. Mit solchen Vorbehalten überweist man eine Frage nicht. Entweder überweisen oder nicht überweisen.

Churchill: Wenn Sie darauf bestehen, so gebe ich nach.

Truman: Wir überweisen diese Frage den Außenministern zur Behandlung. ...

(Die sowjetische Delegation übergibt dann den Delegationen der USA und Englands Vorschläge über das Gebiet Königsberg.)

Truman: Ich möchte vorschlagen, daß diese Frage den Außenministern zur Behandlung überwiesen wird.

Ich habe noch eine Frage. Wir haben uns bereits geeinigt, Vertreter der polnischen Regierung hierher einzuladen. Meines Erachtens werden die Journalisten erfahren wollen, zu welchem Zweck Vertreter der polnischen Regierung geladen werden, und mir scheint, daß es zweckmäßig wäre, ein Kommuniqué dazu herauszugeben.

Stalin: Vor Ankunft der Polen?

Truman: Ja, vor Ankunft.

Stalin: Meines Erachtens ist es möglich.

Churchill: Das widerspricht dem Prinzip, das wir bisher befolgt haben.

Stalin: Das macht nichts, man kann ein Kommuniqué herausgeben, man kann es auch sein lassen. Ich bin mit dem und mit jenem einverstanden.

Churchill: Soll man den Zweck ihrer Ankunft angeben?

Stalin: Mir scheint, daß es nicht nötig ist, den Zweck anzugeben.

Churchill: Ich bitte, den Zweck der Ankunft nicht anzugeben.

Truman: Angenommen, ohne Angabe des Zwecks.

Stalin: Gut.

(Dann macht die sowjetische Delegation eine Mitteilung über die Lage sowjetischer Kriegsgefangener in Italien. Sie teilt mit, daß es sich um das Lager Nr. 5 handelt, das im Gebiet der Stadt Cesenatico unter Kontrolle der britischen Behörden steht und in dem sich hauptsächlich Ukrainer befinden.)

Die sowjetische Delegation teilt mit, daß die britischen Behörden ursprünglich erklärt hätten, im Lager befänden sich 150 Mann, als jedoch der sowjetische Vertreter das Lager besichtigte, fand er 10.000 Ukrainer vor, aus denen das englische Kommando eine ganze Division gebildet hatte. Es waren zwölf Regimenter aufgestellt, darunter ein Nachrichtenregiment und ein Pionierbataillon. Zu Offizieren hatte man vorwiegend ehemalige Petljura-Leute ernannt, die früher in der Hitlerwehrmacht Kommandoposten bekleidet hatten. Die sowjetische Delegation weist abschließend darauf hin, daß beim Besuch des sowjetischen Offiziers im Lager 625 Mann den Wunsch geäußert hatten, unverzüglich in die Sowjetunion zurückzukehren.)

Churchill: Wir begrüßen jede Beobachtung von Ihrer Seite. Ich werde telegraphisch einen Sonderbericht anfordern. Möglicherweise gab es dort zahlreiche Polen.

Stalin: Nein, es waren dort nur Ukrainer, sowjetische Staatsangehörige.

Churchill: Wann war das etwa?

Stalin: Wir haben heute das Telegramm erhalten, und ereignet hat sich das in den letzten Monaten.

Churchill: Ich habe bisher nichts davon gehört.

(Truman schließt die Sitzung und legt die folgende Sitzung für morgen um fünf Uhr fest.)<<